

50 Jahre Ahlener Programm der CDU*

Daß der Mythos der sozialen Marktwirtschaft anlässlich der Feiern zum 100. Geburtstag Ludwig Erhards eine Wiederbelebung erfahren würde, war lange vorauszusehen, nicht jedoch, wie weit sich der wirtschaftspolitische Diskurs in der Bundesrepublik innerhalb weniger Jahre von den ursprünglichen Ansichten „des Vaters des deutschen Wirtschaftswunders“ verschieben würde. Der mächtige Aufschwung der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin, der in Großbritannien und den USA in den 1970er Jahren seinen Ausgang nahm, schien die Bundesrepublik Deutschland zunächst nicht zu erreichen, um sie schließlich zu einem Zeitpunkt mit voller Wucht zu erfassen, an dem er anderenorts bereits wieder auslief. Es trat deshalb die paradoxe Situation ein, daß die SPD, die Erhard bekanntlich schärfstens bekämpft hatte, das Schlagwort des früheren politischen Gegners vom „Wohlstand für alle“ aufgriff und gegen dessen eigene Partei ins Feld führte. Nicht viele, aber immerhin noch einige Politiker der Union, die sich dem Arbeitnehmerflügel der Partei und der katholischen Soziallehre verbunden fühlten, mochten – wenn schon nicht öffentlich, so aber doch noch vernehmbar – den Vorwurf aufnehmen, daß die CDU-Führung und die konservative Publizistik Erhard über die Maßen durch die neoliberale Brille rezipierten und dabei immer weniger darlegen könnten, was soziale Marktwirtschaft im Übergang zum 21. Jahrhundert eigentlich ausmache.

In dieser Konstellation, die jede weiterreichende ordnungspolitische Alternative überlagert, erscheint die Erinnerung an das Ahlener Programm der CDU beinahe wie eine romantische Reminiszenz an das inzwischen vergessene, für heutige Verhältnisse ungewohnt breite Spektrum der wirtschafts-

* Der Vortragscharakter dieses Referats, das ich auf der Fachkonferenz „Vom Kapitalismus zur Sozialen Marktwirtschaft“ des Instituts für Soziale Bildung des Bistums Essen am 31. Januar 1997 in Gelsenkirchen anlässlich des 50. Jahrestages der Verabschiedung der Ahlener Grundsätze der CDU gehalten habe, wurde weitgehend beibehalten. Die Belege sind deshalb auf das unbedingt erforderliche Maß eingegrenzt.

und gesellschaftspolitischen Diskussion in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Es soll im folgenden untersucht werden, ob das Programm von Ahlen heute noch mehr sein kann als eine Legende, als eine volkstümliche religiöse Prosaerzählung aus einer fernen Zeit.

Ich möchte zunächst die zentralen inhaltlichen Aussagen des „Ahlener Wirtschaftsprogramm für Nordrhein-Westfalen“ vom 3. Februar 1947 in Erinnerung rufen, bevor ich dessen historische Einordnung unter drei Aspekten vornehmen möchte. Sie betreffen erstens die programmatische Rolle des Ahlener Programms im Horizont seiner Zeit, zweitens dessen Bedeutung für die Entwicklung der christlich-sozialistischen Strömung in Deutschland und die Formierung der CDU und drittens die Stellung des Programms im Rahmen der deutschen ordnungspolitischen Traditionen.

Die Präambel des Ahlener Wirtschaftsprogramms enthält das Diktum, daß „das kapitalistische Wirtschaftssystem ... den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei“ und angesichts des „furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruchs als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen kann“.¹ Es ist sogleich klar, welchen Bezug die zweite Aussage besitzt, aber der heutige Leser wird sich nachdenklich fragen, inwiefern denn das „kapitalistische Wirtschaftssystem“ versagt habe, wenn man sich nicht erst seit dem Ende des Krieges in einer gelenkten und scharf reglementierten Wirtschaft bewegte, sondern das NS-Regime bereits vor der Eröffnung des Krieges die bestehende Wirtschaftsordnung – freilich in engster Kooperation mit den wirtschaftlichen Funktionselementen und unter Beibehaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln – sukzessive zu einem kriegs- und kommandowirtschaftlichem System umgeformt hatte. Offensichtlich zielt die Feststellung denn auch auf die krisenhafte Entwicklung der Weimarer Republik. Den Zeitgenossen jedenfalls standen, wenn vom Versagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems die Rede war, sogleich die Inflationszeit und die große Weltwirtschaftskrise vor Augen, während der „New Deal“ Roosevelts bei aller

¹ Das Programm der CDU der Britischen Zone, in: Johannes und Klaus Hohlfeld (Hg.), Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Berlin 1951 ff., Bd. VI, S. 46 ff.

Bewunderung für die gut genährten und bestens ausgerüsteten amerikanischen GIs so gut wie nicht aufgenommen wurde.

Der neue Maßstab für eine zeitgemäße Wirtschaftsordnung sollte – so hieß es weiter – nicht länger das „kapitalistische Gewinn- und Machtstreben“, sondern „das Wohlergehen unseres Volkes“ und die Würde des einzelnen sein, die zusammen erst im Rahmen einer gemeinwirtschaftlichen Wirtschafts- und Sozialverfassung zu gewinnen seien. Nach der Präambel werden aus dem als „Parteiprogramm der CDU“ deklarierten, unternehmerfreundlichen Neheim-Hüstener Programm Konrad Adenauers vom März 1946 zwei Grundsätze zitiert: die dienende Funktion der Wirtschaft für „die Bedarfsdeckung des Volkes“ und für die Entfaltung individueller und gemeinschaftlicher Kräfte des Menschen, sowie die Verhinderung der „Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte“ zu politischer Macht, wobei im Falle der Kohlewirtschaft die „Vergesellschaftung der Bergwerke“ gefordert wird. Das eigentliche Ahlener Wirtschaftsprogramm gliedert sich sodann in fünf Abschnitte.

Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der „industriellen Wirtschaft in der Vergangenheit“ und beklagt – nachdem zunächst ein Bekenntnis zu ihrer Leistungsfähigkeit abgelegt wird – die republikfeindliche und rein betriebswirtschaftlich fixierte Haltung der westdeutschen Schwerindustrie. Die Verweise auf den seit 1933 „getarnten Staatssozialismus“ und die Entrechtung der Arbeitnehmer im Nationalsozialismus rücken jedoch die intransigente Politik der Schwerindustrie nach einer eher verhaltenen Kritik in ein noch milderer Licht.

Im zweiten Abschnitt, in dem es um die Neustrukturierung der Industrie geht, wird das definitive Ende der kapitalistischen Ära konstatiert. Soweit es technische und internationale Wettbewerbsgründe zulassen, sollen die Konzerne entflochten, ihre Marktpositionen durch Kartellgesetze reguliert und ihre Gemeinwohlbindung durch ein „machtverteilendes Prinzip“ aus öffentlicher Mitbeteiligung und Arbeitnehmermitbesitz, aus weiter Aktienstreuung, Vergesellschaftung der strukturbestimmenden Montanindustrie, Ausdehnung des Genossenschaftswesens, „Kontrolle des Geld- und Bankwe-

sens“ und staatlicher Förderung leistungsfähiger Klein- und Mittelbetriebe garantiert werden.

Aus dem dritten Abschnitt, der die Neugestaltung der Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betrifft, gilt die Forderung nach einem extensiven „Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer“, die nicht nur bei sozialen, sondern auch bei „grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung“ an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen seien, wofür ihnen eine eigenständige Vertretung im Aufsichtsrat und die Berufung eines Betriebsangehörigen in den Unternehmensvorstand zugebilligt werden sollen.

Der vierte Abschnitt stellt die Frage der „Planung und Lenkung der Wirtschaft“ nicht in die Disposition eines politischen Programms, da in der Wirtschaft immer geplant und gelenkt würde, sondern macht sie von den gegebenen Umständen und von Opportunitätsabwägungen abhängig. Die Planungs- und Lenkungsaufgaben sollten jedoch nicht vom Staat, sondern unter Beteiligung von Arbeitnehmern und Verbrauchern von Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft wahrgenommen werden.

Im letzten Abschnitt des Programms wird schließlich explizit davor gewarnt, die außenwirtschaftlichen Interessen der alliierten Staaten an Wirtschaftsreformen zu unterschätzen, diese zu überstürzen oder ohne Beachtung eines funktionierenden ökonomischen Gesamtzusammenhangs vorzunehmen. Wenn man so will, handelte es sich um einen Generalvorbehalt, der im scharfen Kontrast zur furiosen Eröffnung des Programms stand.

Das Ahlener Wirtschaftsprogramm vom Frühjahr 1947 atmete ganz den Geist seiner Zeit. Der Eindruck, man bewege sich in einer post-kapitalistischen Gesellschaft, herrschte vor. Der Schriftsteller Alfred Andersch schrieb in einem programmatischen Aufsatz nach der von jungen Intellektuellen betriebenen Neugründung des „Rufes“ unter dem Titel „Das junge Europa formt sein Gesicht“ im August 1946: „Der Menschengestalt hat eine Stufe erreicht, in dem ihm der private Besitz von Produktionsmitteln ebenso absurd erscheint wie vor 2000 Jahren die Sklaverei“.² In einem Wahlaufuf der Dortmunder CDU vom Oktober des gleichen Jahres, den der spätere Bun-

² Alfred Andersch, Das junge Europa formt sein Gesicht, in: Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation 1/1946, S. 1.

desverteidigungsminister Theodor Blank mitgezeichnet hatte, hieß es: „Der Kapitalismus ist zusammengebrochen. Wir sind die letzten, die ihm nachweinen. Eine neue Zeit bricht an. Sie trägt sozialistisches Gepräge.“ Karl Arnold analysierte zu Beginn des Jahres 1947 in einer von der Düsseldorfer Geschäftsstelle der CDU vertriebenen Broschüre: „1947 ist nicht mit 1918 zu vergleichen. Dieses Mal wird mit der sozialen Neuordnung und mit der Verwirklichung einer unverfälschten Demokratie ernst gemacht. Nicht zum zweiten Mal läßt sich die Arbeiterschaft und die Demokratie zum Steigbügelhalter der politischen Reaktion machen.“³ In den meisten Blättern, die die Publikationswelle nach dem Krieg hochspülte, stand in anderen Worten zu lesen, was der „Ruf“ so zum Ausdruck brachte: „Die nun einige Menschenalter währende geistig-politische Auseinandersetzung um den Sozialismus kann heute wohl als zugunsten des Sozialismus entschieden angesehen werden... . Wieweit heute in Deutschland die Überzeugung von der Notwendigkeit einer sozialistischen Ordnung Allgemeinheit geworden ist, zeigt die Tatsache, daß keine Partei den Sozialismus völlig abzulehnen wagt.“⁴ Freilich mehrten sich gegen Ende des Jahres Anzeichen dafür, daß der Geist nicht links stehen bleiben werde und die antikapitalistische Volksstimmung auch wieder abbröckelte. Auch im „Ruf“ wurden Anzeichen restaurativer Tendenzen wahrgenommen: Der utopische, humanitäre und revolutionäre Elan sei dahin, gebrochen von der „Technik der Politik“, so daß Deutschland wieder einmal im Begriff sei, einen historischen Auftrag zu verpassen.⁵ „1848, 1918, 1933, 1945, das ist der tragische Weg von der erstickten halben Revolution über den halben politischen Umsturz bis zur Niederlage und schließlich zum völligen Schweigen. In Deutschland gab es weder einen wirklichen revolutionären Sieg noch eine wirkliche revolutionäre Niederlage. Es blieb alles beim Alten...“⁶

³ Franz Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, Wuppertal 1978, S. 252.

⁴ Heinz-Dietrich Ortlieb, Sozialismus-gestern, heute und morgen, in: Der Ruf 6/1946, S. 4.

⁵ Walter Mannzen, Utopie und Politik, in: Der Ruf 13/1947, S. 2.

⁶ N.N., Die versäumte Evolution, in: Der Ruf 11/1947, S. 2.

Verhielt es sich nicht mit dem Programm von Ahlen auch so? Konzedierte es nicht nur dort eine Vergesellschaftung der Industrie, wo sie aufgrund der Ankündigung des britischen Außenministers Ernest Bevin im Unterhaus am 22. Oktober 1946 und des politischen Drucks der Bergarbeiter unvermeidlich erschien? War die Rede vom „christlichen Sozialismus“ nicht bewußt umgangen worden, indem man auf den von Wichard von Moellendorff und Rudolf Wissell geprägten Begriff der Deutschen Gemeinwirtschaft zurückgriff, den der Theologe Adolf von Harnack aufnahm, als er das rücksichtslose Gewinnstreben der Kriegsindustrie im Ersten Weltkrieg scharf kritisierte? Kurzum: Dokumentierte das Programm nun wirklich den Durchbruch des „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ in der Union oder beendete es – wie Ernst Deuerlein in seiner offiziösen Darstellung der Geschichte der CDU 1957 meinte – das Ende der Unsicherheit über den „gleißnerischen Begriff des ‘christlichen Sozialismus’“⁷ und bestätigte gewissermaßen die Anfänge der sozialen Marktwirtschaft, die Adenauer bereits mit einer Rede in der Kölner Universität im März 1946 vorweggenommen haben soll?

Adenauer selbst bezeichnete das Programm von Ahlen auf dem Zonen-Parteitag der CDU in Recklinghausen einige Monate nach seiner Verabschiedung als „einen Markstein ... in der Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens“. Im vertraulichen Gespräch mit dem US-Konsul in Bremen stellte er es hingegen als Manöver gegen die Sozialisierungsbemühungen der SPD hin.⁸ Es spricht einiges dafür, daß die historische Wahrheit in der Mitte liegt: Das Ahlener Programm dokumentierte einen politischen Kompromiß und markierte einen Stand der politischen Auseinandersetzung über das Profil und Programm der CDU, nach dem der christliche Sozialismus auf der Tagesordnung stand, während die bürgerlichen Kräfte um Adenauer gleichwohl ihren Führungsanspruch aufrechtzuerhalten imstande waren, wofür sie allerdings die anti-kapitalistische Tendenz der katholischen Soziallehre, die im Programm von Ahlen reüssierte, hinnehmen mußten. Unter dem Strich gelang es so, die junge, stark heterogene

⁷ Ernst Deuerlein, *CDU/CSU 1945-1957, Beiträge zur Zeitgeschichte*, Köln 1957, S. 79.

⁸ Henning Köhler, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt a.M. u.a. 1994, S. 404.

Partei zu einen und – das beweisen etwa die Anträge der CDU-Fraktion zur Sozialisierung im nordrhein-westfälischen Landtag, die mit Hilfe der FDP eine Mehrheit fanden – in dem größten deutschen Land politisch handlungsfähig zu halten. Endlich erschien auch die harte Auseinandersetzung mit der SPD möglich, ohne daß die Partei gleich in die rechte Ecke getrieben werden konnte.

Das Wort Adenauers vom Ahlener Programm als Markstein erschließt sich erst vollständig, wenn man sich klar macht, was die bahnbrechende historische Studie von Franz Focke gezeigt hat, nämlich, daß die katholisch-soziale Bewegung nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Regime vor drei grundsätzlichen Optionen der politischen Formierung stand.⁹ Sie konnte sich bemühen, die Zentrums-Idee zu revitalisieren und die alte, schmachvoll untergegangene Partei wiederzugründen. Sie konnte sich an der Gründung einer interkonfessionellen Volkspartei im Sinne des Stegerwaldschen Anti-Linksblockes von 1920 beteiligen. Oder sie konnte den Versuch unternehmen, die deutsche Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden, indem man eine Art Labour-Partei, also eine religiös neutrale Arbeiterpartei gründete, was auch manche Sozialdemokraten anstrebten, die unter der etwa im Buchenwalder Manifest vom April 1945 beschworenen sozialistischen Partei keineswegs einen bloßen Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialisten verstanden.

1945 gab es konkrete Bemühungen in jede Richtung. In Norddeutschland entstand die CDU weitgehend als bürgerlich-protestantische, anti-sozialistische Sammlungspartei. Insbesondere in vielen Orten des Rheinlandes und Westfalens kam es zur Wiedergründung des Zentrums, und es ließ sich eine politische Union von Katholiken und Protestanten, die viele inzwischen wünschten, nur mühsam herstellen. In Berlin engagierte sich vor allem Jakob Kaiser für eine deutsche Labour Partei, die er aus Werbegründen sogar SPD nennen wollte, und die die Idee der Freiheit mit der Idee des Sozialismus ebenso verbinden sollte wie die Einheitsgewerkschaft, deren Gründung er und der Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner vorantrieben. Es war vor allem die Politik der SMAD, die derartige Pläne rasch konterka-

⁹ Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung, insbes. S. 195 ff.

rierte, da sie frühzeitig die Restituierung des herkömmlichen Parteiensystems betrieb und so die Wiedergründung der SPD erzwang, die nach Ansicht Kaisers dann noch immerhin als Gegengewicht zur KPD taugte.

In Hessen sorgte Walter Dirks dafür, daß die Idee einer deutschen Labour Partei auch virulent wurde. Im katholischen Milieu Frankfurts sprach man sogar von der notwendigen Bildung einer „sozialistischen Einheitspartei“. Freilich war auch hier der „Labour-Traum“ (Dirks) ausgeträumt, als die Sozialdemokraten und Kommunisten ihre Parteien wieder gründeten, doch entfalteten Dirks und Eugen Kogon in den von ihnen publizierten „Frankfurter Heften“ schon bald die Theorie eines christlichen Glaubens, der wirtschaftsbürgerliches Leistungsstreben denunzierte, indem er – was schon die „allgemeine Proletarisierung“ in der Nachkriegsgesellschaft nahelegte – wie der Marxismus von der proletarischen Existenzform her dachte. Eine dauerhafte Koalition aus Sozialisten und Christen sollte der zweiten, nunmehr sozialistischen deutschen Republik den Weg zwischen russischem Bolschewismus und „amerikanische[m] Mammonfaschismus“ bahnen. Ordnungspolitisch, so deutete Dirks zunächst an, könne dem Markt als Steuerungsmedium für Verbraucherwünsche unter den Bedingungen einer demokratischen Rahmenplanung und eines wirtschaftsdemokratischen Aufbaus eine begrenzte Funktion zufallen. Ansonsten blieb das institutionelle Gefüge der neuen Wirtschaftsordnung im Konzept des „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ noch weitgehend im Dunkeln.¹⁰

Das Wort vom „christlichen Sozialismus“ fiel der historischen Forschung zufolge zuerst in Köln.¹¹ Es wurde von Leo Schwerings am 17. Juni in öffentlicher Rede auf einer Kölner Konferenz katholischer Politiker gebraucht und tauchte dann als „wahrer christlicher Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund aus widersprechen“, in den einen Monat später verabschiedeten „Kölner Leitsätzen“ auf. Offenbar hatte sie der Ordensobere Laurentius Siemer in die Leitsätze hereingebracht, die in seinem Dominikanerkloster von einer kleinen Kommission erarbeitet worden waren. Im christlichen

¹⁰ Vgl. Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung, S. 204 ff.

¹¹ Grundlegend: ebd., S. 175 ff.

Sozialismus sah Siemer die gebotene „Synthese von Christentum und Sozialismus“. Dies setzte sich von der vorwiegenden Betrachtung ab, die die soziale Seite der katholischen Soziallehre betonte, ohne aber die Frontstellung gegen den Marxismus aufzugeben. Insoweit lagen Dirks und Siemer dicht beieinander. Die christlich-sozialistische Tendenz der Kölner Programmkommission setzte sich jedoch nicht durch, als sie auf den entschiedenen Widerstand des taktisch versierten Konrad Adenauer stieß, der im Laufe des Sommers in die Gruppe eintrat und schon bald in der rheinischen Union den Ton angab, zumal er von den bürgerlich-protestantischen Parteigruppen, namentlich von der Wuppertaler CDU, strategische Unterstützung für die Zurückdrängung des linkskatholischen Flügels fand. Bereits in der 2. Fassung der „Kölner Leitsätze“ vom September 1945 sucht man den Begriff des „christlichen Sozialismus“ vergebens. Statt dessen wurde „der soziale Volksstaat“ als politisches Ziel und „Bürge eines beständigen inneren und äußeren Friedens“ proklamiert. Als Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit wurde „die Bedarfsdeckung des Volkes“ definiert – eine Formel, die bereits in der 1. Fassung der „Kölner Leitsätze“ auftauchte und im Ahlener Programm wieder benutzt wurde. Zwar stellten die Leitsätze in Aussicht, das Gemeineigentum „soweit zu erweitern, wie das Allgemeinwohl es erfordert“, doch blieb unklar, wie soziale Gerechtigkeit außer über einen „Güterausgleich“ und eine soziale Lohngestaltung hergestellt werden sollte. Noch auffälliger allerdings war, daß die Leitsätze keinerlei Aussage über die Demokratisierung der Wirtschaft enthielten.

Da Adenauer jedoch Ende 1946 durch die britische Militärverwaltung politisch vorübergehend kaltgestellt wurde und die christlich-sozialistische Idee vor allem in der SBZ Rückhalt fand, gelang es den christlichen Sozialisten, sich auf der reichsweiten Tagung der CDU in Bad Godesberg im Dezember 1945 durchzusetzen, indem sie eine EntschlieÙung erzwangen, die unter dem Motto „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ stand. Dieser Sieg war jedoch rein äußerlicher Natur, da in der CDU keine groß angelegte Bewegung in Gang kam, um die EntschlieÙung in konkreter Politik einzulösen. Statt dessen konterkarierte die Wahl des mittlerweile rehabilitierten Konrad Adenauer an die Spitze der rheinischen Partei und der CDU der

Britischen Zone die Dezember-Deklamationen. Auch der Zusammenschluß der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft in Sozialausschüssen, der sich am 30. November 1947 in einer „Reichsarbeitsgemeinschaft“ vollendete, signalisierte keineswegs ein Vordringen der katholisch-sozialen Bewegung, geschweige denn ihres sozialistischen Flügels in der rheinischen CDU, sondern vielmehr eine Reaktion auf den anwachsenden Gegenwind der bürgerlich-protestantischen Kräfte. Es kam hinzu, daß die durch Krieg und NS-Diktatur stark dezimierte Zahl christlicher Gewerkschafter in der neuen Partei signifikant abnahm, so daß selbst die in den Vorständen der Parteigliederungen vorgehaltenen Proporzsitze nicht mehr durchgängig mit Arbeitnehmervetretern besetzt werden konnten. Die von ihrem Vorsitzenden, Johannes Albers, gern bemühte Stilisierung der Sozialausschüsse zum „sozialen Gewissen der Union“, bildete somit schwerlich den Ausweis ungebrochener innerparteilicher Stärke. Die innere Schwäche der katholisch-sozialen Bewegung in der CDU beruhte aber nicht zuletzt auf der Konkurrenz zwischen den Sozialausschüssen und den katholischen Arbeitervereinen, die Adenauer ein ums andere Mal zu beleben wußte. Die Konstellation des Jahres 1946 ließ somit erkennen, daß sich die Union eher auf dem Weg zu einer interkonfessionellen, anti-sozialistischen Sammlungspartei befand denn auf dem Sprung zu einer arbeitnehmerorientierten Volkspartei der linken Mitte.

Daß sie diesen Weg nicht entschiedener und rascher nahm, lag vor allem an der retardierenden Wirkung, die der christliche Sozialismus für die CDU der Sowjetischen Zone bis zu ihrer Gleichschaltung im Jahr 1947 spielte. In der SBZ verschränkte Jakob Kaiser die Idee des christlichen Sozialismus mit dem außenpolitischen Konzept des deutschen Brückenschlags zwischen Ost und West. Die wirtschaftspolitische Programmatik, in der sich der christliche Sozialismus von einem Sozialismus marxistischer Provenienz merklich absetzte, lieferte vor allem der Leiter des wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Zonenvorstand, der Staatswissenschaftler Otto Heinrich von der Gablentz. Gablentz, der während der Weimarer Republik zu den religiösen Sozialisten geneigt hatte, schloß sich im Widerstand gegen Hitler dem Kreisauer Kreis an, der Verbindung zur katholischen Jugendbewegung Neu-

Deutschland, namentlich zu den Jesuitenpatres Augustin Rösch, Alfred Delp und Lothar König hielt und in dem das Bekenntnis zum Christentum als Grundlage für die sittliche und politische Erneuerung nach der Beseitigung des verbrecherischen Regimes dominierte. In den Neuordnungsplänen des Widerstandskreises spielte der Aufbau kleiner Gemeinschaften eine zentrale Rolle. Staat und Wirtschaft sollten über Selbstverwaltungsorgane von unten nach oben, durch die Machtdelegierung per indirekter Wahlen aufgebaut werden. Eben diese Überlegungen finden sich auch in der wirtschaftspolitischen Programmatik von der Gablentz'. Als Grundelemente einer christlich-sozialistischen Wirtschaftsordnung arbeitete er neben einer abgestuften Wirtschaftslenkung, Vergesellschaftung und Arbeitnehmermitbestimmung die Bindung des einzelnen an überschaubare Einheiten heraus. So sei dem Arbeitnehmer eine sinnvolle, erfüllte Lebensführung durch die Bindung an einen kleinen oder mittleren Betrieb mittels ausreichender Aufstiegs- und Beteiligungschancen zu ermöglichen, damit er nicht in die anonyme, politisch verführbare Masse zurückfallen müsse, die nach Ansicht der meisten Kreisauer entscheidend zur Zerstörung der Weimarer Republik beigetragen hatte.¹²

Machte Jakob Kaiser den christlichen Sozialismus in seiner Rede am 13. Februar 1946 vor dem erweiterten Vorstand der CDU in der SBZ zum Programm, so konterte Adenauer diesen Vorstoß zwei Wochen später mit dem von ihm eigenhändig entworfenen Neheim-Hüstener Wiederaufbauprogramm, welches die Sozialisierungsfrage dilatorisch behandelte, und das er auch noch nach Verabschiedung des Ahlener Programms für gültig erachtete. Wie schon in der 2. Fassung der Kölner Leitsätze, war auch in dem von Adenauer verkündeten „Neheim-Hüstener Programm“, das zuvor nicht einmal von der Führung der rheinischen Partei beraten worden war, die Rede vom christlichen Sozialismus getilgt. Allerdings wurden dem Nationalsozialismus in der Präambel des in den Einzelforderungen mehrdeutigen Programms „viele echte sozialistische Züge“ unterstellt. In der Agitation Adenauers ging es immer wieder darum, nicht den Kapitalismus, sondern

¹² Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung, S. 233 f.

den vermeintlichen Sozialismus der nationalsozialistischen Zeit und der alliierten Mängelverwaltung zu überwinden.

Darüber hinaus kennzeichnet es Adenauers taktische Finesse, wenn er die Konkretisierung der programmatischen Verlautbarungen der CDU keineswegs schleifen oder sich eine Programmkommission aufhalsen ließ, die christlich-sozial oder gar christlich-sozialistisch orientiert war. Vielmehr rief er einen „Wirtschafts- und Sozialausschuß“ ins Leben, an dessen Spitze er seinen engsten Finanz- und Wirtschaftsberater, den Kölner Bankier Robert Pferdenges, und Joseph Gockeln von der katholischen Arbeitervereinsbewegung stellte. Da der Ausschuß jedoch nicht so recht vorankam, war es wiederum Adenauer persönlich, der einen programmatischen Entschließungsvorschlag entwarf und somit die Diskussionsgrundlage für die weiteren Beratungen vorgab.¹³

Die Adenauersche Linie schälte sich im Verlauf des Jahres 1946 heraus: Sie zielte innenpolitisch auf die Zurückdrängung der Sozialdemokratie und die Organisierung eines anti-sozialistischen Lagers, innerparteilich auf die Eindämmung des linken Flügels und die Integration der christlichen Arbeitnehmerschaft, außenpolitisch auf die Bindung an den Westen, wofür der vorübergehende Verlust der deutschen Einheit bewußt in Kauf genommen wurde. Zugleich wurde klar, daß der Adenauerschen Strategie der christliche Sozialismus der CDU in der SBZ als wesentliches Hindernis gegenüberstand. Die Ost-CDU verfügte über teilweise enge Verbindungen nach Westdeutschland, insbesondere in die westfälische Union über deren Dortmunder Zentrale.

Es würde hier zu weit führen, den insbesondere von Adenauers Seite erbitert geführten Kampf um die Vorherrschaft in der Union im einzelnen zu schildern. Er war klug genug, die Zahl seiner Gegner klein zu halten. Deshalb verständigte er sich etwa mit Gockeln von der KAB, die Zielvorstellungen eines christlichen Sozialismus zu bekämpfen. Deshalb überwarf er sich – selbst bei scharfen sachlichen Kontroversen – auch nicht mit seinem Stellvertreter Albers. Er verstand es, zumindest gegenüber den rheinischen Vertretern der Arbeiterschaft immer wieder genügend Vertrauen

¹³ Köhler, Adenauer, S. 404 ff.

herzustellen, so daß auch sie ihre Interessen in seinen Händen am besten aufgehoben sahen.

Für die Ahlener Konferenz des Zonenausschusses der CDU lieferte Adenauer dann zwei Entwürfe, die mit in die Erarbeitung des Wirtschaftsprogramms einfließen. Aufgrund der längerfristig angelegten Vorbereitung der Konferenz und nach den Erfahrungen mit dem Führungsstil Adenauers gelang es diesem nun nicht mehr, die politische Ausrichtung der Partei in einem neuerlichen Parforceritt vorzunehmen. Johannes Albers legte sogar Ende Januar einen sozialistischen Alternativentwurf vor, da er mit dem Stand der Programmarbeitung unzufrieden war. Was diesen jedoch besonders herausforderte, war eine Rede, die Adenauer im Dezember vor dem Zonenausschuß in Lippstadt gehalten und in der er die SPD als politischen Hauptgegner ausgemacht und die Kaisersche Politik als illusorisch abgetan hatte. Albers Widerstand hielt jedoch nicht lange an. Er hatte Adenauer schon wenige Tage nach der Vorlage des Gegenentwurfs seine grundsätzliche Loyalität versichert, so daß es nicht mehr überraschte, als er schließlich einlenkte und sein Papier zurückzog, wofür er im Gegenzug anscheinend die Präambel des Programms durchsetzen konnte.¹⁴

Es ist aufgrund der schlechten Quellenlage nicht klar herauszuarbeiten, wie die Erarbeitung des Ahlener Programms im einzelnen vonstatten ging. Betrachtet man sie jedoch von ihrem Ergebnis her, so fällt zunächst auf, daß nach der anti-kapitalistischen Präambel drei wesentliche Grundsätze des Neheim-Hüstener Programms wiedergegeben werden, die ebenfalls ein Dach für die anschließenden, eigentlichen wirtschaftsprogrammatischen Aussagen von Ahlen bilden. Franz Focke hat plausibel argumentiert, daß das Programm somit in drei Teile zerfällt: in die von den Sozialausschüssen durchgesetzte Präambel, in den auf Adenauer zurückgehenden Grundsatzteil und in einen dritten programmatischen Absatz, der das Drängen der Engländer und der Arbeiterschaft auf Sozialisierungsmaßnahmen ebenso in Rechnung stellte wie die Forderungen aus der Unternehmerschaft nach Garantie und Förderung privater Unternehmertätigkeit.¹⁵ Insofern bereitete es nie-

¹⁴ Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung, S. 235 f.

¹⁵ Ebd., S. 248 f.

mandem grundsätzliche Schwierigkeiten, sich auf das Programm zu berufen: Adenauer sah in ihm – wie gesagt – „einen Markstein ... in der Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens“,¹⁶ Jakob Kaiser betrachtete es als Durchbruch für den christlichen Sozialismus. Und den jeweiligen Anhängern wurde es gemeinsam als Dokument für die „Überwindung von Kapitalismus und Marxismus“ nahegebracht. Unbestreitbar scheint mir jedoch, daß es sich bei dem Ahlener Programm weder um ein Dokument handelt, das die ordoliberalen Wendung der Union antizipierte und die Wende zur sozialen Marktwirtschaft einleitete, wie sie dann zwei Jahre später in den „Düsseldorfer Leitsätzen“ beschrieben und zum zentralen Credo der Union wurde, noch daß es sich um ein reines Dokument des christlichen Sozialismus handelt. Das Ahlener Programm atmet vielmehr – wie kein anderes Programm der CDU – den Geist der katholischen Gesellschaftslehre. Das Scheitern des christlichen Sozialismus beruhte indessen auf einem ganzen Bündel verschiedener Gründe, die hier nur aufgezählt werden können. Das Konzept scheiterte an der feindseligen Haltung der Kirchen, an der allgemeinen Schwäche der christlich-sozialen Bewegung nach dem Krieg sowie insbesondere an ihrer Aufspaltung in gewerkschaftliche und Parteiaktivitäten. Es scheiterte wegen der Aktivierung der anti-sozialistischen Disposition in der katholischen Soziallehre, wegen einer Fehleinschätzung der Klassenlage und des Klassenbewußtseins der Bevölkerungsmehrheit sowie einer Unterschätzung der wirtschaftlichen Leistungskräfte, an der Aufgabe des Programms des christlichen Sozialismus durch Jakob Kaiser angesichts der Gleichschaltung der CDU im antifaschistischen Block und der Spaltung Deutschlands im Kalten Krieg. Bei allen Behinderungen, Widerständigkeiten und gegenläufigen Entwicklungen darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Gestaltungsmöglichkeiten für den christlichen Sozialismus in Deutschland niemals größer waren als in den wenigen Wochen und Monaten nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes und der Befreiung von der NS-Diktatur. Das Fenster zur Bildung einer deutschen Labour-Partei mit einem starken christlich-sozialistischen Flügel war freilich nur sehr kurz offen, und es war klein. Das Ahlener Programm bot den Kräften, die

¹⁶ Zit. n. Köhler, Adenauer, S. 404.

zunächst an eine deutsche Labour-Partei geglaubt und sich für sie engagiert hatten, programmatischen Halt in einer ursprünglich ganz anders gedachten Partei. Es integrierte die christlich-soziale Bewegung in eine interkonfessionelle, klassenübergreifende Partei, die von einem Vertreter des bürgerlichen Flügels geführt wurde, und hielt die Entscheidung zwischen der Organisation eines Anti-Linksblockes und einer strategischen Koalition aus christlich-sozialer und sozialdemokratischer Bewegung formal offen. Darin lag nicht zuletzt der Erfolg des Programms.

Die neuere historische Forschung hat nachgewiesen, daß es keine Stunde Null im Jahr 1945 gab und hat statt dessen die Momente sozialgeschichtlicher Kontinuität zwischen 1930 und 1960 betont. Betrachtet man die Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland, dann gilt die Feststellung Hans Jaegers, daß „von einer radikalen Neugestaltung der Wirtschaftsordnung in (West-)Deutschland nach 1945 nicht die Rede sein“ kann,¹⁷ obgleich auch hier die Zeitgenossen häufig anderer Meinung waren, zumal „der sozialistische Zug der Zeit“ (Kaiser) auf einen radikalen Wechsel hinzudeuten schien. Die SPD, die seit dem Januar 1947 mit Viktor Agartz den Leiter des bizonalen Verwaltungsrats für Wirtschaft in Minden und überdies sämtliche acht Wirtschaftsminister der Länder stellte, schien fest entschlossen, ihre Sozialisierungspläne in die Tat umzusetzen und den Sozialismus zur Tagesaufgabe zu machen. Das Ahlener Programm vom Februar 1947 mochte den Eindruck eines im Gange befindlichen Umschwungs noch einmal verstärken. Freilich waren die Elemente der ordnungspolitischen Kontinuität in den Westzonen kaum zu übersehen: Allen Sozialisierungsbekundungen zum Trotz blieb die Struktur der gemischten Wirtschaftsform, insbesondere hinsichtlich des beachtlichen Umfangs an öffentlichem Unternehmensbesitz, stabil. Das System der staatlichen Sozialversicherung wurde beibehalten. Die starke korporative Tradition in Staat, Unternehmerlager und bei den Gewerkschaften blieb erhalten. Die Organisationen der Privatwirtschaft arbeiteten entweder weiter oder wurden – nachdem man „belastete“ Persönlichkeiten in die zweite Reihe von Verbänden und Kammern

¹⁷ Hans Jaeger, *Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1988, S. 216.

hatte rücken lassen – rasch revitalisiert. Und auch wenn das Ahlener Wirtschaftsprogramm *dem* Kapitalismus barsch eine Absage erteilte, so knüpfte es eben doch in weiten Teilen an die „sozialreformistische Wirtschaftsordnung der Weimarer Republik“ (Jaeger) und die dort geführten Neuordnungsdebatten – etwa um die Deutsche Gemeinwirtschaft – an. Wie die Weimarer Reichsverfassung, so verwandte sich auch das Programm von Ahlen für die Sicherung der wirtschaftlichen Freiheit des einzelnen, für die Vergesellschaftung bestimmter Wirtschaftszweige, für die Selbstverwaltung der Wirtschaft und die Mitwirkung der Arbeitnehmer. Und natürlich dachte kein Protagonist des Ahlener Programms an die Festschreibung der dirigistischen Bewirtschaftungsvorschriften und Preisreglementierungen, wenn das maßgebende Ziel der Bedarfsdeckung einmal erreicht war.

Im September 1947 stellte Eugen Kogon die Überlegungen eines Kreises von Publizisten, Politikern, Wirtschaftlern und Verwaltungsbeamten vor, die dezidiert vor der „Gefahr eines bürokratischen Staatssozialismus“ warnten und den durch die äußeren Umstände aufgezwungenen „Sozialismus der Not“ beklagten.¹⁸ Ihr „Sozialismus der Freiheit“ sah zwar eine „geordnete Volkswirtschaft“, in der die Machtbefugnisse vernünftig verteilt seien, und ein „ausgewogenes Sozialleben“ vor, doch sollte dieser Sozialismus nicht mit einem Wirtschaftssystem, sondern mit einem „genossenschaftlich-freiheitlichen Leben“ identifiziert werden. Wie im Neheim-Hüstener und im Ahlener Programm wurde die „Bedarfsdeckung“ als Zweck einer sozialistischen Wirtschaft und „Aufgabe der Gemeinschaft“ definiert. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten die Gemeinschaft und der einzelne an Unternehmensbesitz, volkswirtschaftlichen und betrieblichen Entscheidungen sowie an der „Kapitallenkung“ beteiligt sein. Die Verfasser der Denkschrift über den „Sozialismus der Freiheit“ warnten ausdrücklich vor „unehrlichem Schlagwortgebrauch“ – wie „christlicher Sozialismus“ oder „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“, der lediglich dazu diene, „eine durchgreifende Wirtschafts- und Gesellschaftsreform“ abzuwehren – und vor falschen Parolen wie „Der Feind steht links“ oder „Gegen den Marxismus“. All dies

¹⁸ Eugen Kogon, Der Weg zu einem Sozialismus der Freiheit in Deutschland, in: Frankfurter Hefte 9/1947, S. 877-896.

liest sich geradezu wie eine präzise Gebrauchsanweisung für das Ahlener Programm vom 3. Februar. Sie wurde von der CDU jedoch nicht mehr befolgt. Es siegte das ordoliberalen Konzept der „Freiburger Schule“ um Walter Eucken, das, mit dem Ziel des Wirtschaftswachstums kombiniert, den Kapitalismus mit dem Sozialstaat zu versöhnen schien.

Die anhaltende Krise dieses Modells, die durch den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme vorübergehend verdeckt worden ist, verhalf einem radikalen, neoliberalen Dogma zum Durchbruch, das allein den Gedanken des Wettbewerbs in den Vordergrund rückt, die Schaffung stabiler staatlicher und internationaler Rahmenbedingungen und die Erhaltung des sozialen Konsens indes ablehnt, vor allem aber eine banale Volksweisheit ökonomistisch kaschiert: Geld regiert die Welt. Angesichts des Primats der internationalen Finanzmärkte lohnt sich der Blick in das vor 50 Jahren verabschiedete Ahlener Programm wieder, um auf die Gefahren der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht aufmerksam zu machen oder die Teilhabegesellschaft gegen die ausschließliche Orientierung wirtschaftlichen Handelns am shareholder-value zu begründen – und um angesichts des „Terrors der Ökonomie“ (Viviane Forrester) in Erinnerung zu rufen, daß die Wirtschaft dem Menschen dienen soll und nicht der Mensch der Wirtschaft.